

AMT DER NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDESREGIERUNG
Gruppe Land- und Forstwirtschaft - Abteilung Agrarrecht

Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 3109

An den
Präsidenten des Landtages
von Niederösterreich
Ing. Hans Penz

Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion

Eing.: 22.02.2012

zu Ltg. - **1024/P-5/1-2011**

— Ausschuss

Beilagen

LF1-A-108/018-2011

Kennzeichen (bei Antwort bitte angeben)

Bezug	Bearbeiter	(0 27 42) 9005 Durchwahl	Datum
-	Mag. Monika Kohlross	13293	21. Februar 2012

Betrifft

Resolution des Landtages von Niederösterreich vom 17. November 2011, zur Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des Gesetzes über die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln in der Landwirtschaft, Ltg. - 1024/P-5/1-2011, betreffend Maßnahmen zur Eindämmung der Verwendung des Pestizids Glyphosat

Sehr geehrter Herr Präsident!

Im Sinne der Resolution des Landtages von Niederösterreich vom 17. November 2011, Ltg. - 1024/P-5/1-2011, trat die Abteilung Agrarrecht an das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt- und Wasserwirtschaft mit dem Ersuchen heran, im Sinne der Antragsbegründung eine Stellungnahme zu den in einschlägigen Studien enthaltenen Aussagen über die Gefährlichkeit dieses Pflanzenschutzmittels abzugeben. Des Weiteren wurde ersucht auszuführen, welche fachlichen Gründe gegen den Einsatz von Glyphosaten in der konventionellen Landwirtschaft und dem nichtlandwirtschaftlichen Bereich (Hausgärten, öffentlichen Anlagen...) bestehen bzw. welche Möglichkeiten für die Eindämmung der Verwendung auf Bundesebene gesehen werden und ob von Bundeseite angedacht ist, Glyphosat-hältige Totalherbizide in Hinkunft in Österreich nicht mehr zuzulassen.

Die mit Schreiben vom 27. Dezember 2011, BMLFUW-LE.4.2.6/0271-1/3/2011, abgegebene Stellungnahme des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt- Wasserwirtschaft liegt diesem Schreiben samt Beilagen bei.

Ergänzend wird ausgeführt, dass § 9 des NÖ Pflanzenschutzmittelgesetzes (NÖ PSMG) eine Rechtsgrundlage für eine Einschränkung der Verwendung von Pflanzenschutzmitteln beinhaltet.

NÖ Landesregierung
Dr. Stephan Pernkopf
Landesrat

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung